

Wiesbadener Tagblatt.

40. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
50 Pfennig monatlich für beide Ausgaben
zusammen. — Der Bezug kann jederzeit be-
gonnen werden.

Verlag: Langgasse 27.

12,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einspaltige Zeile für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg.,
Reclamen die Zeile für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Anzeigen 75 Pfg.

561.

Dienstag, den 29. November

1892.

Für Dezember
bestellt man das

Wiesbadener Tagblatt

2 mal täglich,
bis zu 80 Seiten stark
für 50 Pfg.

Langgasse 27, und in den Ausgabestellen zu Wiesbaden,
Freigepostexpedition der Nachbarrorte und bei den Kaiser-
Postämtern.
Abmiretrende Besucher erhalten das Wiesbadener
Tagblatt bis zum 30. November unentgeltlich.

Wahl in Arnswalde-Friedeberg.

Das Resultat der Reichstagswahl in dem märkischen
Kreis Arnswalde-Friedeberg, bei welcher der bekannte
Königswahl im ersten Wahlgang eine so große
Majorität auf sich vereinigte, daß seine Wahl im zweiten
Wahlgang völlig zweifellos ist, erregt in der ganzen politi-
schen Welt Aufsehen, und mit Recht. Es ist wohl in der
Geschichte ohne Beispiel, daß eine neue
Partei in einem Wahlkreis gleich bei ihrem ersten Auftreten
eine so bedeutende Majorität erobert, wie den Antisemiten
in Arnswalde-Friedeberg gelungen ist.

Wie jüngst die Reichswahl eine unge-
wöhnliche Bedeutung für sich in Anspruch nahm, muß auch
die Wahl in Arnswalde-Friedeberg eine besondere Beachtung zuerkannt
werden, wenn natürlich auch nach anderer Richtung. Wir
sind nicht für richtig und für politisch kurzichtig, wenn
wir gegen die gegnerischen Seiten die Bedeutung dieser Wahl
übersehen, indem man nur von einem Siege der
Antisemiten auf Kosten der Konservativen spricht. Thatsäch-
lich im Arnswalder Wahlkreis die Konservativen mit
einer Majorität von 50 Stimmen gegen die Antisemiten
gewonnen, und in dem-
selben Wahlkreis wie die Konservativen haben auch die
Antisemiten einen Stimmenverlust. Diese Thatsache ist das
wichtigste und Bedenklichste an der Arnswalder Wahl, sie
widerlegt die bisherige Annahme, daß der Antisemitismus
in Arnswalde-Friedeberg der Konservativen sei und allein
auf dieser Partei an Ausdehnung gewinnen könne,
welche Annahme übrigens auch schon andere Er-
gebnisse sprachen, nämlich das allerdings noch sehr ver-
breitete Gerücht, daß die Antisemiten in Arnswalde-Friedeberg
eine Mehrheit von 50 Stimmen gewonnen hätten, während die
Konservativen nur 50 Stimmen verloren hätten. Diese Thatsache
ist das wichtigste und Bedenklichste an der Arnswalder Wahl,
sie widerlegt die bisherige Annahme, daß der Antisemitismus
in Arnswalde-Friedeberg der Konservativen sei und allein
auf dieser Partei an Ausdehnung gewinnen könne, welche
Annahme übrigens auch schon andere Ergebnisse sprachen,
nämlich das allerdings noch sehr verbreitete Gerücht, daß die
Antisemiten in Arnswalde-Friedeberg eine Mehrheit von 50
Stimmen gewonnen hätten, während die Konservativen nur
50 Stimmen verloren hätten.

Die Antisemiten haben sich in Arnswalde-Friedeberg
eine Mehrheit von 50 Stimmen gewonnen, während die
Konservativen nur 50 Stimmen verloren haben. Diese Thatsache
ist das wichtigste und Bedenklichste an der Arnswalder Wahl,
sie widerlegt die bisherige Annahme, daß der Antisemitismus
in Arnswalde-Friedeberg der Konservativen sei und allein
auf dieser Partei an Ausdehnung gewinnen könne, welche
Annahme übrigens auch schon andere Ergebnisse sprachen,
nämlich das allerdings noch sehr verbreitete Gerücht, daß die
Antisemiten in Arnswalde-Friedeberg eine Mehrheit von 50
Stimmen gewonnen hätten, während die Konservativen nur
50 Stimmen verloren hätten.

hält, wir möchten aber darauf hinweisen, daß der Anti-
semitismus deshalb noch bedeutungsvoller ist als die Sozial-
demokratie, weil er in alle Bevölkerungskreise
eindringt. Wir versprechen uns von einer Bekämpfung
nur befriedigenden Erfolgs, wenn sie mit mehr Ernst geführt
wird. Vor Allem sollte man sich auch bemühen, die Ursachen
näher zu untersuchen, denen der ohne Zweifel volkstümliche
Antisemitismus entspringt, mögen sie nun wirtschaftlicher
oder welcher Natur sonst sein. Dann wären wir auch
davor, den Antisemitismus unbedachtlos herauszufordern,
wie das beispielsweise der bekannte Schriftsteller von Sach-
Masch that, der, wie im Morgenblatt schon mitgeteilt, zu
der demnachst unter dem Titel: „Freiheit, Liebe, Mensch-
lichkeit“ erscheinenden Anthologie aus Beiträgen deutscher
Schriftsteller den Ausdruck beigefügt hat: „Der Juden-
hass in Europa ist nichts Anderes als der Haß des Indianer-
oder des Neger gegen den Weißen.“ Mit solchen Verhärterungen
dient man der Bekämpfung des Antisemitismus nicht,
sondern fördert ihn vielmehr. — W.

Politische Tages-Rundschau.

Das Wahlergebnis im Reichstagswahlkreis
Arnswalde ist nunmehr folgendermaßen festgestellt:
Es wurden abgegeben 6903 deutschsoziale (antisemitische),
2915 deutschfreisinnige, 2876 conservative, 943 sozial-
demokratische und 406 nationalliberale Stimmen, so daß
zwischen Ahtwardt und Drawe Stichwahl stattgefunden
wird, bei der die Entscheidung in erster Linie bei den noch
nicht zu den Antisemiten übergegangen Conservativen
liegt. Durch das plötzliche erfolgreiche Auftreten der Anti-
semiten, die früher dort nie einen Candidaten aufgestellt
hatten, haben die Parteiverhältnisse in jenem nennwärtigen
Wahlkreis eine überaus merkwürdige Verschiebung erfahren.
Die Conservativen brachten im Jahre 1890: 5939 Stimmen
in der Hauptwahl, 6827 in der Stichwahl und 6740 in
der Nachwahl auf. Sie werden also diesmal 3-4000
Stimmen an die Antisemiten abgegeben haben. Nicht viel
weniger aber müssen anderwärts gekommen sein, und das
kann nach Lage der Sache nur aus dem deutschfreisinnigen
Lager geflohen sein. Die Freisinnigen haben im Jahre
1890 bei der Hauptwahl 5232, bei der Stichwahl 8815
und bei der Nachwahl 6258 Stimmen aufgebracht. Darunter
werden sich bei den höheren Zahlen einige hundert sozial-
demokratische und nationalliberale Stimmen befinden haben,
immerhin müßten sie im Jahre 1890 mindestens 5000
Stimmen aus der eigenen Partei zählen. Davon sind jetzt
reichlich über 2000 Stimmen verloren gegangen und können
nur bei den Antisemiten zu suchen sein.

Die am Mittwoch von der Tagesordnung des
Reichstags stehende erste Staatsberatung wird, wie man
erwarten muß, hauptsächlich schon ein Teil der Erörterung
der Militärvorlage vorzunehmen, wenn auch auf Einzel-
heiten noch nicht wird eingegangen werden. Außer der
deutschfreisinnigen Fraction, die, wie berichtet, bereits zu
einem ablehnenden Beschluß gekommen ist, hat noch keine
andere Fraction die Beratung der Militärvorlage begonnen,
und so mancherlei Stimmungsberichte, die gegenwärtig durch
die Blätter gehen, müssen daher mit größter Vorsicht auf-
genommen werden.

Was seit Wochen schon vorauszu sehen war, ist ge-
schehen, die große Parzelei im französischen Ministerium
hat stattgefunden, und Herr Loubet wird als Privatmann
nun hoffentlich Zeit finden, darüber nachzudenken, was er
und sein Cabinet gesündigt und wie wirde los und schwach
die Regierung sich in der Carmaux- und Panama-Affaire
gezeigt hat. Der Sturz nach langer Wadeler kam so:
In der gestrigen Sitzung der französischen Deputiertenkammer
erwähnt Marquis de la Ferronnays die über den Tod
Reinachs umlaufenden Gerüchte und leitete daraus die
Nothwendigkeit ab, eine gerichtliche Leichenschau vorzunehmen.
Justizminister Ricard will darauf nicht eingehen, und Brisson
erklärt im Auftrage des Untersuchungskomitees, diese
sei der Ansicht, daß die Leichenschau angeordnet
werden solle und an die Papiere Reinachs die
Siegel angelegt werden müßten. Er schloß des-
halb vor, in einer Tagesordnung anzusprechen, daß die
Kammer sich der Ansicht des Ausschusses anschließen. Minister
Loubet erklärte, die Regierung könne eine solche Tagesord-
nung nur annehmen, falls die Kammer zugleich der Re-
gierung ihr Vertrauen ausspreche. (Lärm.) Nach einer sehr
lärmigen Erörterung wird diese vom Ministerpräsidenten
Loubet schließlich angenommene einfache Tagesordnung mit
304 gegen 209 Stimmen abgelehnt und dann die von
Brisson vorgeschlagene Tagesordnung mit 393 gegen 3
Stimmen angenommen. (Große Erregung.) Diese Abstim-
mung bedeutete den Sturz des Cabinets Loubet. — Die
Untersuchungskommission hatte gestern Prinze, den Unter-
suchungsrichter vernommen. Dieser gab eine genaue

Darlegung der von ihm geleiteten Untersuchung,
er bestätigte, daß Reinach angefangen sei wegen
Bestechung. Nach Documenten, welche die Untersuchung
entdeckt, habe dieser mehr als neun Millionen zur
Vertheilung erhalten, deren Rechtfertigung
schwer zu erbringen sei. Aus Briefen, die übrigens
von keinem Parlamentsmitgliede herrühren, geht hervor,
daß bei Deputirten und Senatoren Bestechungsversuche ge-
macht worden. Besonders sei es erwiesen, daß der
ehemalige Ackerbauminister Barbe 400,000
Francs bezogen habe. Bezüglich mehrerer Punkte be-
trieb sich Prinze auf das Antisemitische und verwies auf
die Akten der Untersuchung, deren Mittheilung die Com-
mission empfangen würde. Prinze stellte ferner mit, er
habe bei Reinach Hausdurchsuchung halten lassen wollen. Ein-
mal sprach der Polizeicommissar vergeblich bei Reinach vor;
eine zweite Durchsuchung unterließ, weil Reinach inoffiziell
in Anklagezustand versetzt worden war. Ueber die Fehler
der Justiz sind die Blätter des Innern voll. Im „Figaro“
schreibt Maguad:

Man ist erstaunt über die Nachlässigkeit des Justizministers
Ricard, der es verstanden hat, die Papiere de Reinachs unter Siegel
legen zu lassen. Erst dem letzten Sonntag hatten offenbar die
Freunde des Verstorbenen vollkommen Zeit, Alles, was sie durch-
sehen konnte, aus diesen Papieren zu entfernen. Man könnte also
leicht bei ihrer Durchsicht keine Spur von dem verhängnisvollen
Gedrucke auffinden. Dann wird Herr Ricard mit unschuldiger
Miene sagen: Es ist schade; man hat dies Gedrucke gesehen, es
war so und so einzubringen; aber es ist verhandelt. Die arg-
listig — er ist todt; dem ehemaligen Minister Barbe — er ist zu
den Akten gekommen, und Herrn Ricard der sicherlich nicht die
Blumigen über der Fremde verlesen wird, um nach Frankreich
zurückzuführen. ... Die Kamunisten haben es mit einem sehr
gefährlichen Manne zu thun.

Häufig hört man die Behauptung, die Regierung habe
ein doppeltes Spiel gespielt: sie gab sich den Anschein, die
Erregung zu begünstigen, und unter der Hand ließ sie Akten
und Beweise bei Seite schaffen. Als Probe neuer phan-
tastischer Gerüchte sei verzeichnet, daß Baron Reinach gar
nicht gestorben, sondern nach dem Ausland gereist sei; statt
seiner Leiche soll ein Haufen Steine von annähernd
gleichem Gewicht begraben worden sein.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Vorsitzende der
Hamburger Bürgerwehr, Otto Moenchberg, wurde an Stelle
des verstorbenen Petersen zum Senator ernannt.

* Berlin, 29. Nov. Das Staatsministerium hielt gestern
Mittag unter dem Vorsitz des Grafen Eulenburg eine Sitzung ab.
In parlamentarischen Kreisen verläutet, dem vom Gultusminister
vorgelegten Gesetzentwurf zur Aufbesserung der Gehälter
der Reichs- und Landeslehrer habe man zugestimmt. — Die Direction
der großen Berliner Wasserleitung hat sich entschlossen, eine
Anzahl Arbeiter und Schaffner, welche sich an dem
Führer der Sozialdemokratie in Scene geleitet Bewegung be-
theiligt. Ferner würde am 1. December über 70 Personen ge-
hängigt wegen Zehnlahme an Versammlungen. — Auf dem So-
zialisten tag gab sich der namentlichen Abstimmung über die
Kaiserfeier keine Protestation, da die Schriftführer sich auf den
Stenographen verließen; deshalb wurden die Delegirten heute durch
Gitarler um Mittheilung ihrer Abstimmung gebeten.

* Das Präsidium des Reichstags, die Herren v. Lepow, Graf
Kollentzen und Dr. Baumhoff, wurde am Sonntag Mittag
vom Kaiser im Neuen Palais bei Westham in besonderer Audienz
empfangen. Der Kaiser sah sehr frisch und wohl aus und hat das
früheste Unwohlsein völlig überstanden. Er sprach in lebhafter
Weise längere Zeit über die Cholera und gab der Erwartung Aus-
druck, daß das Reichsgesetz bald vorgelegt werden könne. Es
dürfte sich empfehlen, gezielte Maßnahmen zu treffen gegen die
Verbreitung der Krankheit. Des Weiteren äußerte er sein Be-
dauern darüber, daß die ersten Fälle der Cholera von
den Po- und B-Verordneten v. Lepow nach seinem Befinden
auf eine Antrage des Präsidiums v. Lepow nach seinem Befinden
erwiderte der Kaiser, daß er sich in der Wohnung des Fröhen
von Reiningen, dessen Räume nicht geräumt gegen den
geschützt sein, wor ein starken Schmutz geholt, den er
aber durch Anwendung seines gewöhnlichen Hausmittels, indem er
24 Stunden das Bett hütete, bereits völlig wieder betriebe haben.
Er sei wieder ganz wohl und freue sich, der Einladung nach West-
ham folgen zu können, wo er einen prächtigen Aufenthalt zu er-
langen hoffe. Der Kaiser schloß ab, indem die Reihe der Jagd.
Des Weiteren wünschte Seine Majestät dem Herren guten Fortgang
der parlamentarischen Arbeiten. An interessantem Stoffe fehlte es
ja nicht. Beim Abschied reichte der Kaiser den Herren wieder die
Hand. Die vorgeschlagene Sitzung der Reichstags kam auch darin
zum Ausdruck, daß er in launiger Weise die Herren mit dem Grube:
„Waidmannsheil!“ entließ. Die Militärvorlage wurde mit
seiner Silber erwähnt. Unmittelbar darauf wurden die drei Präsi-
denten von der Kaiserin empfangen, welche sie ebenfalls huldvoll
beachtete. Ihre Majestät unterließ sich besonders mit dem Präsi-
denten v. Lepow über Kirchbauwesen und gab ihrer Vertheilung
bauwesen über das wolgesehene Wittenberger Heil. Die Audienz
bauwesen ungefähr eine halbe Stunde, wonach die Herren durch
dieselben Hofsoonen, welche sie abgeholt, nach dem Waldhof zurück-
befördert wurden.

* Die Militärvorlage hat bereits eine gewaltige Literatur
von Deputirten und Wohlthunern gesammelt, und mancherlei Fortschritte
für oder gegen sie gemacht worden, seit das Vorvollstreckt zwischen
Regierung und öffentlicher Meinung in dieser Sache erstimm wurde. Wir
erwähnen u. A. bereits das im Commission-Bericht von H. Reichold
u. Co. hier erwähnte Festhalten: „Der alte Kurs im Illi-
tarismus“ von dem Obersten a. D. Freiherrn Alfred v. Gert-

